

## Auf einen Blick

Das St. Galler Stadtparlament hat an seiner gestrigen Sitzung, der 19. der Legislatur 2017–2020, ein Wahlgeschäft und sechs Sachvorlagen abgehandelt:

**Ersatzwahl.** Gabriela Eberhard (SP) wurde in die Kommission Soziales und Sicherheit gewählt; sie ersetzt dort ihre zurückgetretene Parteikollegin Helena Falk.

**Buskonzept I.** Für die baulichen Sofortmassnahmen, die für die Anpassungen bei den VBSG-Linien 6, 9 und 10 sowie für die Verlängerung der Strecke St. Georgen-Hauptbahnhof ins Heiligkreuz nötig sind, hat das Parlament zwei Kredite von insgesamt 900 000 Franken gutgeheissen – ohne Gegenstimme, aber bei jeweils 11 Enthaltungen.

**Buskonzept II.** Das Parlament hat einen maximal vierjährigen Versuchsbetrieb für eine neue Direktverbindung zwischen dem Hauptbahnhof und St. Josefen via Spiseegg angenommen und dafür den städtischen Beitrag von 152 000 Franken gesprochen. Die Zustimmung war mit jeweils 29 Ja-Stimmen nicht allzu gross.

**Buskonzept III.** Den Kredit von knapp 1,8 Millionen für die Beschaffung von drei Zweiachs-Standardautobussen hat der Rat angenommen. Fakultatives Referendum. 21

**Botanischer Garten.** Ohne Gegenstimme wurde ein Verpflichtungskredit über 500 000 Franken genehmigt für einen neuen Vortrags- und Schulungspavillon im Botanischen Garten.

**Abwasser.** Für den Einbau einer Stufe zur Eliminierung von Mikroverunreinigungen im Abwasser der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Hofen in Wittenbach auf dem Areal der ARA Morgental in Steinach wurde ein Verpflichtungskredit von 13,5 Millionen Franken einstimmig gutgeheissen. Fakultatives Referendum.

**Mittagstisch.** Deutlich Ja sagte das Stadtparlament zur Neuaustrichtung des Mittagstischangebots auf der Oberstufe. Fakultatives Referendum. (*dag/dwi/ren*)

# Mittagstisch kann gedeckt werden

**Mammutdebatte** Der Stadtrat will auch auf der Oberstufe einen Mittagstisch anbieten. Die Vorlage löste im Rat eine lange Diskussion aus. Die Argumente reichten von «Freiheitsberaubung» bis «dringende Notwendigkeit».

**Christoph Renn**  
christoph.renn@tagblatt.ch

Am Anfang deutete nichts darauf hin, dass die Diskussion zu den Mittagstischen auf der Oberstufe so ausgiebig geführt würde. Die Bildungskommission lobte an der gestrigen Parlamentssitzung den Stadtrat gar für die Vorlage. Auch Eva Crottochini bedankte sich im Namen der SP/Juso/PFG-Fraktion für die zügige Umsetzung der Vorlage. Am Ende setzte sich die Vorlage des Stadtparlaments in allen Punkten mit 37 Ja- zu 21 Nein-Stimmen durch. Doch zuvor gab es auch deutliche Voten gegen die Mittagstische.

Anlass zur Diskussion gab ein Änderungsantrag der SP, den die Partei erst gestern morgen eingereicht hatte. Darin forderte sie, der Kostenbeitrag von 7,50 Franken für eine Mahlzeit, wie das der Stadtrat vorschlug, sei auf 6 Franken zu kürzen, damit er gleich sei wie auf der Primarstufe. Dies wiederum verleitete Christian Neff (SVP) zu einem Votum, obwohl seine Partei eigentlich keine Wortmeldung zu dieser Vorlage vorgesehen hatte. Seine Partei reagierte gar mit einem Rückweisuungsantrag. Das Argument: Eine Senkung des Beitrages liege gar nicht in der Kompetenz des Stadtparlaments. In der Abstimmung wurden beide Anträge, jener der SVP und jener der SP, abgelehnt.

## «Jugendliche wollen nicht bemutet werden»

Doch nicht nur die Anträge der SP und SVP gaben Anlass zur Diskussion. Die FDP-Fraktion wehrte sich vehement gegen einen Mittagstisch für Oberstufenschülerinnen und -schüler. Ihr Sprecher Andreas Duddi forderte alle auf, sich an die Sekundarschule zurückzuerinnern. Die Mittagszeit sei für ihn etwas wie Freiheit gewesen. Genau diese nehme man den Jugendlichen mit einem solchen Angebot. Ein Raum, in dem die Schüler eine mitgebrachte Mahlzeit aufwärmen könnten, reiche völlig aus. Und dieses An-



Im Oberstufenschulhaus Centrum gibt es seit 20 Jahren den Mittagstisch «Bürgliclub».

Bild: Hanspeter Schiess

gebot gebe es ja heute schon. Sein Parteikollege Marcel Rotach legte sogar noch nach: Es könne nicht sein, dass Jugendliche ohne Rücksicht auf Verluste betreut würden. Keiner in diesem Alter wolle auch über Mittag bemutet werden. Er könne als Vater der Vorlage nur zustimmen, wenn es die Minimalvariante sei. Doch nun rühre der Stadtrat wieder mit der grossen Kelle an. Zudem müssten die Jugendlichen genau in diesem Alter den Umgang mit Geld lernen.

Von Bemutterung könne in der Vorlage des Stadtrates keine Rede sein, entgegnete Andrea Hornstein (PFG). Zumal keine Betreuer vorgeseien seien, sondern Bezugspersonen. Und diese Bezugspersonen seien ausgebil-

dete Sozialarbeiter, die bei der Offenen Jugendarbeit tätig seien. Zudem sei das Angebot freiwillig.

## Änderungsantrag gefährdet Vorlage

Gabriela Eberhard (SP) betonte, dass sie als Lehrerin wisse, dass ein Mittagstisch auch in der Oberstufe dringend notwendig sei. So wie auch die Umfrage des Stadtrates bei 300 Oberstufenschülerinnen und -schülern dies gezeigt habe. Parteikollegin Evelyn Anghern setzte noch einen drauf und sagte nochmals, dass das Angebot gar nur sechs Franken kosten dürfe, damit alle Zugang zum Angebot hätten. Ihr widersprach Patrik Anghern (CVP), der dem Stadtrat zugutehielt, dass dieser die Vorlage ausgewo-

gen ausgearbeitet habe. Und er mahnte die SP, dass ihr Abänderungsantrag nur unnötig die gute Vorlage des Stadtrates gefährde. Deshalb rief auch SP-Fraktionspräsident Daniel Kehl alle Parteien dazu auf, der Vorlage zuzustimmen und das Geschäft zu verabschieden – so oder so.

## Einmalige Investition von 530 000 Franken

Um Punkt 19 Uhr meldete sich dann Stadtrat Markus Buschor zu Wort. Als Anspielung auf die Voten der FDP betonte er, dass auch er Vater dreier Töchter sei. Und er erinnerte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier daran, dass es eine Lücke im städtischen Mittagstischangebot gebe, die mit dieser Vorlage geschlos-

sen werden könne. Und St. Gallen stehe für Qualität und nicht für eine Minimallösung. Am Ende der über einstündigen Diskussion wurde die Vorlage dann doch klar angenommen. Der Antrag der SP, den Kostenbeitrag zu senken, wurde mit 35 zu 23 Stimmen abgelehnt, der Rückweisuungsantrag der SVP deutlich mit 49 zu 9 Stimmen. Somit kann der Stadtrat das Mittagstischangebot der Oberstufe neu ausrichten. Für bauliche Massnahmen, Mobilien und Informatik hat das Parlament einen einmaligen Betrag von 530 000 Franken bewilligt. Hinzu kommen wiederkehrende Betriebskosten von rund 610 000 Franken im Jahr. Die Geschüsse sind dem fakultativen Referendum unterstellt.

## Viel Geld für sauberes Abwasser

**Filter** Um Mikroverunreinigungen zu filtern, braucht die Abwasserreinigungsanlage in Steinach eine neue Reinigungsstufe. Das ist dem Parlament 13,5 Millionen Franken wert.

Die Vorlage zum Neubau einer Filteranlage in der ARA Steinach war an der gestrigen Parlamentssitzung unbestritten. Mit 58 zu 0 Stimmen folgte das Parlament dem Antrag des Stadtrates und hiess den Verpflichtungskredit von 13,5 Millionen Franken gut. Trotzdem gab es vereinzelt Kritik an der Vorlage. So sei es ein Nachteil, dass das Verfahren, um die Mikroverunreinigungen aus dem Wasser zu filtern, enorm viel Strom verbräuche. Am Ende waren sich aber alle Parteien einig: Am Bau der neuen Anlage führt kein Weg vorbei.

Gesamthaft kostet die Anlage 24,4 Millionen Franken. Aufgrund der neuen Ableitungen von Hofen ins Morgental kann die neue Reinigungsanlage zusammen mit der ARA Morgental in Steinach auf dem Areal gebaut werden. Der Anteil der Stadt be-

trägt daher nur 53,3 Prozent. Bereits vor zwei Jahren hat der Bund zudem einen Subventionsfonds eröffnet, mit dessen Mitteln die Mikrofilteranlage bis zu 75 Prozent der Kosten unterstützt werden soll. Da dieser Betrag noch nicht abschliessend bestimmt worden sei, hat die Stadt die Subventionen beim Verpflichtungskredit noch nicht eingerechnet. Netto betragen die mutmasslichen Kosten für die Stadt etwa 4,3 Millionen Franken.

## Gebühren sollten nicht steigen

Für den Betrieb ist von jährlichen Kosten von 700 000 bis 1 Million Franken auszugehen. Pro Kopf macht dies 8 bis 11 Franken pro Jahr. Bereits jetzt zahlt die Stadt 9 Franken pro Einwohner in den Subventionsfonds für die Eliminierung der Mikroverunreinigun-

gen. Dieser Betrag fällt nach Inbetriebnahme der eigenen Anlage weg. Diesen Punkt wird die SVP genau beobachten, wie Sandra Steinemann namens der Fraktion sagte. So stimmte die SVP der Vorlage einstimmig zu. Jedoch verlasse sie sich auf die Aussagen des Stadtrates, dass die Abwassergebühren nicht erhöht werden.

Die Vorlage sieht vor, dass die Mikrofilteranlage 2021 in Betrieb genommen wird. Dies freut auch Veronika Meyer (Grüne). Denn all die Stoffe, wie Medikamente oder Herbizide und Pestizide, seien im Wasser unerwünscht. Viele davon werden in den herkömmlichen Abwasserreinigungsstufen nicht eliminiert. Zudem lobt sie im Namen der Grünen und Jungen Grünen den Stadtrat, dass das Vorhaben bereits jetzt Angriff nehmen wird.

Immerhin hätte die Stadt Zeit bis ins Jahr 2039.

## Eine dringende Notwendigkeit

Auch die FDP-Fraktion sprach sich für den Neubau der Mikrofilteranlage aus. Elisabeth Zwicky sagte im Namen der Fraktion, dass sie überzeugt sei, dass die zweckmässige Lösung gefunden wurde. Doch merkte sie an, dass in der Vorlage Vergleichszahlen mit anderen Projekten fehlen. Auf einen Rückweisuungsantrag verzichtete die FDP jedoch, um eine schnelle Umsetzung des Projektes zu erreichen. Stadtrat Peter Jans (SP) betonte nochmals, dass die Reinigungsanlage eine Notwendigkeit sei. Die Mikrostoffe im Abwasser würden sonst langfristig Schaden anrichten. Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum. (*ren*)

## Ja zu Schulungspavillon im Botanischen Garten

**Kredit** Einen Verpflichtungskredit über 500 000 hat das Stadtparlament einstimmig bewilligt.

Das Geschäft war ganz und gar unumstritten. Ohne Gegenstimme sagte das Stadtparlament Ja zu einem Verpflichtungskredit über eine halbe Million Franken für den Bau eines neuen Vortrags- und Schulungspavillons beim Botanischen Garten. Sämtliche Fraktionen stellten sich hinter die stadträtliche Vorlage.

Nach Plänen des St. Galler Architekten Tom Munz kann beim Botanischen Garten ein neuer Pavillon für Vorträge und Schulungen erstellt werden. Sein Projekt ging aus einem Studienauftrag, zu dem fünf St. Galler Architekturbüros eingeladen waren, als das beste hervor. Eine stringente Holzkonstruktion bildet das Gerüst des Pavillons. Gemäss Vorlage lehnt es sich unmittelbar an die Konstruktionsweise der benachbarten Gewächshäuser an. Die gesamten Baukosten

werden auf 845 000 Franken geschätzt. Der Förderverein des Botanischen Gartens steuert 115 000 Franken bei. 180 000 Franken werden aus dem Lotteriefonds des Kantons St. Gallen erwartet, und 50 000 Franken sollen Dritte mit in Form von Beiträgen besteuern.

Ende 2020 soll der neue Pavillon seiner Bestimmung übergeben werden. Peter Olibet sagte namens der SP/Juso/PFG-Fraktion, der Zeitplan sei nicht straff; schön wäre, wenn es schneller vorwärts ginge mit Projektierung und Bau. Ins gleiche Horn wie der Sozialdemokrat stiess auch der Freisinnige Stefan Keller. Auch ihm erscheint für die Umsetzung zu viel Zeit eingeräumt.

Der bestehende Vortragspavillon ist gemäss Stadtrat nicht mehr zeitgemäss und hat ein undichtes Dach. (*dwi*)